

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.  
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6, IV  
Tel.: Berolina 2095 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. — Alleinige Anzeigenannahme: Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Bergmann F 5, 8080—8085. Postscheckkonto Berlin 47910.

Der 32. und 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 18. August ist in den nächsten 14 Tagen fällig.

## Aussperrung in Röttha.

Die Freiherr von Friesensche Gartendirektion in Röttha hat rund 100 Arbeiterinnen ausgesperrt auf Grund folgenden Vorganges. Der Betrieb fällt unter den für allgemeinverbindlich erklärten Landestarifvertrag für den Erwerbsgartenbau im Freistaat Sachsen, der im Absatz III Satz 1 bestimmt: „Die Berechnung des Lohnes erfolgt in Stundenlohn.“ Entgegen dieser eindeutigen tariflichen Bestimmung verlangt der Direktor des Betriebes von den Arbeiterinnen, daß sie Erbsen im Akkord pflücken sollten. Gestützt auf den Tarifvertrag und gewitzig durch Erfahrungen im Vorjahre — eine größere Anzahl von Gartenfrauen erhielten für einen halben Tag Erbsenpflücken 42 Pfg. ausbezahlt — lehnten die Kolleginnen das Ansinnen ab. Darauf beschimpfte der Herr Direktor Jahn ältere, langjährig im Betriebe beschäftigte Arbeiterinnen als alte Schachteln und Faulenzer. Als die Kolleginnen auf Einhaltung der tariflichen Bestimmung bestanden, wurden sie, etwa 100 an der Zahl, mit polizeilicher Hilfe, die augenblicklich zur Stelle war, aus dem Betrieb verwiesen. An der angesetzten Betriebsratssitzung teilzunehmen, lehnte der Direktor ab, weil der Gewerkschaftsvertreter hinzugezogen werden sollte. Nach diesem ergebnislosen Bemühen, den Streit zu schlichten, legten auch die Beerenpflücker aus Solidarität die Arbeit nieder.

Es ist selbstverständlich, daß der uns aufgezwungene Kampf von unserm Verbands aufgenommen und mit aller Energie geführt werden wird.

## Gärtnertag in München.

Vielfachen Anregungen aus der Mitgliedschaft gern folgend, wird zum Samstag, den 4. August, und Sonntag, den 5. August, diese Tagung nach München einberufen mit folgendem Programm:

Samstag, den 4. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, München, Pestalozzistr. 40: Begrüßungsabend.

1. Ansprache des Vorstandes der Ortsgruppe München.
2. Die Entwicklung des Verbandes seit dem letzten Gantag 1925 und unser Kampf um Gleichberechtigung im Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und in der Berufsausbildung.

Anschließend gesellige Unterhaltung.

Sonntag, den 5. August, vormittags 9 Uhr: Besichtigung Münchener Staatsgärten.

Treffpunkt der auswärtigen Mitglieder vormittags 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Pestalozzistr. 40. Die Münchener Kollegen und von auswärts verspätet eintreffende Mitglieder fahren direkt zum Botanischen Garten, München, Menzinger Straße 11, Straßenbahnlinie 1.

Mittags, 13 Uhr, gemeinsame Mittagstafel im Gewerkschaftshaus. Nachmittags, 15 Uhr: Besichtigung der Ausstellung Heim und Technik.

Da die Anregung zu dieser Tagung vor allem von den auswärtigen Mitgliedern ausgeht, so wird seitens dieser Kollegen stärkster Besuch erwartet.

Aber auch die Münchener Kollegenschaft wird aufgerufen, die Tagung zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten.  
Der Vorstand des Gau's München.

## An unsere alte Garde

richten wir die Bitte, die Notiz unter der gleichen Überschrift auf der letzten Seite zu beachten.

## Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Unsere Unternehmer sind begeisterte Anhänger des Organisationsgedankens, aber nur soweit es für ihre eigenen Belange in Betracht kommt. Dagegen waren und sind sie erbitterte Feinde des Koalitionsrechtes, sobald die Arbeiterschaft davon Gebrauch macht. Das ist eine unumstößliche Tatsache, über die wir uns durchaus nicht aufregen wollen, uns auch gar keine Mühe geben, den Unternehmern klar zu machen, wie ungerecht und unvernünftig ihr Standpunkt ist, denn Vernunft ist bekanntlich immer nur bei wenigen gewesen. Wir wissen, daß wir unser Koalitionsrecht nur sichern, wenn wir die Macht, eine starke Organisation haben, um unsere Rechte selbst schützen und verteidigen zu können.

Der Artikel 159 der Verfassung lautet nun: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern versuchen, sind rechtswidrig.“ Diese Bestimmungen zu übertreten, versuchten unsere Unternehmer in den letzten Monaten mit besonderem Eifer. Die Gruppe Berlin des Reichsverbandes gab mit ihren Ukas vom Februar d. J. den Ton an (siehe „A. D. G.-Z.“ Nr. 5 Seite 38 Jahrg. 1928) zu eigenartigen Maßnahmen, um organisierte Arbeiter aus den Betrieben zu verbannen. Durch die spätere tarifliche Vereinbarung wurde das allerdings unterbunden. Trotzdem versuchen heute noch zahlreiche Berliner Unternehmer, organisierte Kollegen zu maßregeln. In vielen Fällen wird dem Gehilfen oder Arbeiter, der seinen Tariflohn fordert, gekündigt.

Doch auch in anderen Bezirken werden ähnliche Methoden angewandt. Die bekannte Baumschule Müllerlein in Karlstadt übergibt jedem Stellungsuchenden einen Fragebogen, auf dem sich auch die Frage nach Zugehörigkeit zu einer Organisation befindet. Besonders brutal gehen die Unternehmer Danzigs, vor allem die Baumschulen von Praust, gegen das Koalitionsrecht vor. Sie entließen 22 ihrer ältesten und besten Arbeiter, weil diese sich weigerten, aus dem Verband auszutreten. Den Vogel schießt z. Z. ab die V. Friesensche Gartendirektion in Röttha, die 100 ebenfalls schon lange Jahre tätige Arbeiterinnen aussperrt und durch Polizei aus dem Betriebe jagen läßt, weil sie Akkordarbeit ablehnen, die ihnen nicht einmal den tariflichen Stundenlohn sichert. Diese Maßregelungen von Arbeitern, die nur ein gesetzliches Recht ausüben, wird von uns nicht stillschweigend hingenommen. Unser Verband schützt selbstverständlich diese Opfer ausbeutungslüsterner und gesetzverachtender Unternehmer.

Die Arbeitgeber glauben natürlich, durch solche Maßnahmen unsere Organisation zu schwächen, unsere Kollegen aus der Organisation zu treiben und für die Zukunft von Lohnbewegungen verschont zu bleiben. Aber sie lernen nichts aus der Geschichte, die ihnen lehren könnte, daß ihre Maßnahmen ein Teil jener Kraft sind, die wohl stets das Böse will, aber doch das Gute schafft.

Die Unternehmer mögen aber nicht glauben, daß sie nur im Frühjahr von uns unter Druck gesetzt werden können, um ihnen solche Verstöße gegen Treu und Glauben zu vergelten, daß wir dann aber alles beim Alten lassen. Dazu haben wir in solchen Fällen durchaus keine Lust mehr, sondern wir sind entschlossen, diesen brutalen Herrenmenschen gegenüber die Mittel zur Anwendung zu bringen, die uns zur Verfügung stehen.

Gärtnererprodukte werden heute nicht nur von den Angehörigen der besitzenden Klasse gekauft. Hundert-

tausende von Kleingärtner, in einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen, sind Käufer von Pflanzen, Bäumen, Sämereien u. dergl. Diese Kleingärtner, hauptsächlich Arbeiter und Angestellte, werden sicher bei keinem Handelsgärtner Waren kaufen, der von uns als Arbeiterfeind und Gesetzesverächter bezeichnet wird.

Die Arbeiterschaft der Städte bepflanzt und pflegt ihre Balkons mit mehr Fleiß und Liebe, als die Villenbesitzer. Schrieb doch die Verbandszeitung der Blumengeschäftsinhaber in ihrer Nr. 44 von 1926 anlässlich der Balkonprämierung in Berlin: „Dem aufmerksamen Beobachter konnte nicht entgehen, daß gerade im Osten und Norden Berlins schönere und mit größerer Liebe gepflegte Balkone zu finden waren, als im gartenreichen Westen der Stadt. Das ist ein Bekenntnis der ärmeren Bevölkerung in der Steinwüste zur blühenden Pflanze.“ Wir sind überzeugt, daß diese proletarischen Blumenfreunde nicht geneigt sind, ihre Pflanzen von Gartenbauern zu beziehen, die für ihre Angestellten nur Hungerlöhne und Maßregelungen übrig haben. Es wird uns nicht schwer werden, den Blumengeschäftsinhabern die betreffenden Unternehmer namhaft zu machen. Sollten sie trotzdem ihre Ware von solchen Arbeiterfeinden weiter beziehen, werden auch die betreffenden Blumengeschäfte auf Arbeiterkundschaft verzichten müssen.

Die Bau- und Siedlergenossenschaften setzen sich ebenfalls aus Arbeitern und Angestellten zusammen, die Abnehmer gärtnerischer Produkte sind. Auch die Bestattungsvereine der Großstädte sind gute Kunden unserer Unternehmer. Alle diese werden uns ihre Solidarität in unserem Kampf nicht versagen. Dasselbe trifft für unsere Konsumvereine zu, die in steigendem Maße Abnehmer von Gemüse und Obst werden. Großabnehmer für Gärtnereiprodukte sind auch viele Gemeinden. In den Kommunalverwaltungen hat aber auch die politische Vertretung der Arbeiterschaft Einfluß, in manchen Orten einen ausschlaggebenden. Es dürfte ziemlich leicht sein, dafür zu sorgen, daß nur solche Firmen Aufträge von der Gemeinde erhalten, die ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt haben. Mögen sich dagegen auch manche der Herren Stadtgardendirektoren wenden, deren enge Verbindung und Freundschaft mit den Gartenbauern uns bekannt ist, auch deren Widerstand werden wir zu überwinden wissen.

In dem uns aufgezwungenen Kampfe um unser Koalitions- und Arbeitsrecht werden wir diese Mittel ebenso rücksichtslos anwenden, wie unsere Gegner ihre Gewaltmaßnahmen treffen: Auge um Auge, Zahn um Zahn! — Es gilt, unsere Reaktionen zur Achtung der Reichsverfassung zu zwingen.

## Ein arbeiterfeindlicher Betrieb der öffentlichen Hand.

Am sonnigen Südbahange des Harzes, in der Nähe des freundlichen Städtchens Bleicherode, liegt das Kraftwerk der Überlandzentrale Südharz. Dieser im Besitz der öffentlichen Hand befindliche Betrieb unterhält zur Verwertung seiner Abdämpfe eine ausgedehnte Gärtnerei. Auf etwa 5½ Morgen großer mit Glas bedeckter Fläche werden unter Verwendung der modernsten Hilfsmittel Gemüse getrieben, hauptsächlich Gurken und Tomaten. Im Herbst und Winter vorigen Jahres erbaut, ist die Gärtnerei seit Anfang Februar 1928 voll im Kulturbetrieb. Etwa 20 Arbeiter, 10 Gärtner, je ein Obergehilfe und Obergärtner sind in ihm beschäftigt, ein ehemaliger afrikanischer Farmer, also Nichtfachmann, leitet ihn. Es war gewissermaßen selbstverständlich, daß dieser Farmer den Betrieb als einen landwirtschaftlichen ansah und demgemäß die Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden festlegte, und den Lohn auf 45—65 Rpf. pro Stunde, Verheiratete bekamen 2 Rpf. mehr. Der Wochenverdienst betrug also bei 60 Stunden Arbeitszeit 27—40 Rm. brutto!

Die Arbeitsverhältnisse sind die allerungünstigsten. In den Gurkenhäusern beträgt die Temperatur im Minimum 25—30 Grad, sie steigt unter der geringsten Einwirkung der Sonne auf 35—40 Grad, an heißen Tagen auf über 50 Grad C. Die Eigenart der Kultur verlangt geschlossene Luft, läßt also ausgiebiges Lüften nicht zu, so daß die Hitze nur wenig herabgedrückt werden kann. Dabei muß, wie jedem Fachmann bekannt ist, die Luft sehr feucht sein; dauerndes Spritzen und Gießen ist also notwendig. Da diese Kulturen ununterbrochener Pflege und Wartung bedürfen, so ist das Personal gezwungen, tagaus, tagein in dieser ungewöhnlich heißen, feuchtigkeitsschwangeren Luft anstrengend zu arbeiten. Dazu kommt noch, daß die Luft in den Gewächshäusern die für menschliche Atmungsorgane die denkbar schlechteste ist. Um die Entwicklung der Pflanzen so viel als möglich zu fördern, werden ihm alle möglichen Düngemittel zugeführt. Durch ihre Zersetzung sowohl wie auch durch die angewandte Vergasung von Kohlendioxidgasen (Luftdüngung) entwickeln sich widerliche Dünste, welche die Atmungsorgane der

Beschäftigten sehr stark angreifen müssen. Es ist jedem klar, daß unter diesen Verhältnissen, also durch überlange Arbeitszeit, abnorm hohe und feuchte Temperatur und widerliche Dünste, die Arbeitskraft der Belegschaft rasch zu ermüden muß. Nicht viel günstiger liegen die Verhältnisse in den übrigen Räumen.

Kein Wunder also, daß die Belegschaft diese Verhältnisse endlich satt hatte, sich unserem Verband anschloß und ihn beauftragte, für bessere Arbeitsbedingungen, vor allen Dingen für kürzere Arbeitszeit und höhere Entlohnung zu sorgen. Es wurde gefordert, daß in der Abteilung Großgewächshaus der gleiche Tarifvertrag gelte wie im Kraftwerk, zumal häufig das Personal hin und her wechselt, und auch in den ersten Monaten dieser Tarifvertrag angewendet worden war.

Die Belegschaft glaubte allgemein, daß die Direktion der Zentrale ihren nicht übertriebenen Wünschen entgegenkommen werde. Aber man irrte sich gewaltig. Die Betriebsleitung verstand es, die Verhandlungen zu verschleppen. Der Direktor des Werkes war überhaupt immer „verreist“, wenn er gebraucht wurde. Immer wurde der Betriebsleiter vorgeschickt, aber ohne genügende Vollmachten. Erst nach energischer Erinnerung verstand man sich überhaupt zu Verhandlungen. Die Direktion hatte sich inzwischen den niedrigsten Lohnarif Deutschlands, den Erfurter, herausgesucht und ihn als Verhandlungsunterlage angeboten. Selbstverständlich war eine Verständigung auf dieser Grundlage unmöglich, weil der Erfurter Samenbau mit seinen umfangreichen Freilandkulturen ganz anders geartete Verhältnisse aufweist. Unverständlicherweise erhob der angerufene Schlichtungsausschuß Nordhausen das Angebot der Direktion zum Schiedsspruch. Daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses sich der Tragweite seines Spruches gar nicht bewußt war, bewies seine sprachlose Bestürzung, als die Arbeitnehmervertreter seinen Schiedsspruch ohne Zögern ablehnten und ihm nachwies, daß damit die Belegschaft zu einem Minderverdienst von 2,50—6,60 Rm. pro Woche verurteilt sein würde.

Die selbstverständliche Ablehnung dieses famosen Schiedsspruches erfolgte einstimmig und in weiterer Konsequenz wurde mit erdrückender Mehrheit der Streik beschlossen. Da aber die Arbeiterschaft sich der Tragweite dieses Beschlusses, die eventuelle völlige Vernichtung der Kulturen, bewußt war, beauftragte sie ihre Verbandsleitung, nochmals Verhandlungen anzubahnen. Doch wiederum verstand es die Betriebsleitung, die Sache zu verschleppen, und versuchte inzwischen, die Belegschaft mit Zuckerbrot und Peitsche zu beeinflussen. So wurde denjenigen, die in der Überlandzentrale Südharz gehörigen Häusern wohnen, mit fristloser Kündigung der Dienstwohnungen gedroht, die Einsetzung von Teno, Streikbrechern und Polizei zur Hilfe der Streikbrecher in Aussicht gestellt und Gendarmerie zur Beaufsichtigung der Streikversammlung herangezogen. Auf diese Weise wollte man die Arbeiterschaft niederhalten und sie zwingen, zu den erbärmlichen Löhnen weiterzufronen. Dazu kamen kleinlichste Schikanen gegen die gesetzliche Betriebsvertretung, den neu gewählten Arbeiterrat. Entspricht es in dem Ansehen und Interesse der öffentlichen Hand, die Betriebsratsmitglieder gewissermaßen zur „Strafe“ dafür, daß sie die Belange der Belegschaft vertreten, zu maßregeln, sie zu strafversetzen, als „unzuverlässig“ zu bezeichnen?

Wir fragen: Billigen der Landeshauptmann zu Merseburg, die beteiligten Landräte die Maßnahmen der Betriebsleitung? Starkes Befremden erregte unter der Belegschaft ein Aushang der Direktion, der eine neue Regelung als „Tarif“ bekanntgab, die noch schlechter als der Nordhäuser Schiedsspruch war, den Lohn zum Teil um 11 Rpf. die Stunde verschlechterte. Mit erdrückender Mehrheit wurde diese „Regelung“ von der Belegschaft durch schriftliche Erklärung abgelehnt, und damit bewiesen, daß trotz aller Drohungen und Schikanen die Arbeiterschaft fest hinter dem Verband steht.

Trotz der geschilderten Schikanen und Nadelstichpolitik waren Verbandsleitung und Betriebsvertretung mit unermüdlicher Geduld bemüht, die Belegschaft zu beruhigen und den Bogen nicht zu überspannen. Mehrfach wurden neue Vermittlungsangebote gemacht, auch der Schlichter versuchte mit Geschick und Geduld sein Heil. Es verpußte alles an der halsstarrigen Haltung der Betriebsleitung.

So sind bereits drei Monate vergangen und noch immer wartet die Belegschaft auf ein positives Ergebnis. Eigentümlich ist auch das Verhalten des Leiters des Gewerbeaufsichtsamtes Nordhausen, desselben Herrn, der als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Nordhausen den famosen Schiedsspruch fällte. Er hatte im Schiedsspruch die neunstündige Arbeitszeit zugelassen und mußte nun auf unseren Antrag hin die Werkdirektion aufklären, daß dieser Betrieb ein rein gewerblicher sei, und die achtstündige Arbeitszeit für ihn die gesetzliche sei. Aber er bewilligte prompt den Antrag der Direktion auf Gewährung von Ausnahmebewilligung (§ 6) bis zum 15. August. Wie wir nachträglich feststellten, ist diese Bewilligung ohne Einverständnis der maßgeblichen Betriebsvertretung erteilt worden, ein Vorgehen, das



ausserordentlich bedenklich erscheint und unsern nachdrücklichsten Protest auslösen mußte.

Verwunderung muß allerdings auch erregen, daß es der Direktion eines öffentlichen Betriebes gestattet ist, so unverhüllt mit den Interessen der Belegschaft Schindluder zu treiben.

Bei Erbauung des Betriebes, der mit den modernsten technischen Einrichtungen versehen ist, hat man mit Geld nicht gespart. Die Kosten betragen beinahe eine Million Reichsmark. Jetzt soll ein Überschuß herausgeholt werden auf Kosten der Arbeiterschaft, die bei schwerer körperlicher und gesundheitsschädlichster Arbeit wahre Hungerlöhne erhält.

Ist das die Aufgabe eines öffentlichen Betriebes? Es wird Zeit, daß alle Stellen, die maßgeblichen Einfluß auf diesem Betrieb haben, sich um diese Angelegenheit kümmern und der Werksleitung klar machen, daß mit reaktionären Tendenzen ein modernes Großunternehmen der öffentlichen Hand nicht auf die Dauer geführt werden kann.

E. Beier.

## Wie Schlichtungsausschüsse Irreführt werden.

Für die Handelsgärtnereien Leipzigs wurde ein Schiedsspruch für den Lohn tariff gefällt, der noch 5 Prozent unter den gewöhnlichen Löhnen in Dresden lag. Trotzdem wehrten die Unternehmer sich mit allen Mitteln gegen diese Annahme. In einer vorseitigen mit Schreibmaschinenschrift eng beschriebenen Begründung werden die unglaublichsten Dinge angeführt, um zu beweisen, daß die einzig tragbare Lohnhöhe 10 Prozent unter Dresden liegen müsse. Eine der dreitesten Behauptungen ist folgende: Der Bund der deutschen Baumschulenbesitzer habe einen Vergleich der verschiedensten Artikel hinsichtlich der Preise vor dem Kriege und den Preisen im Herbst 1926 angestellt, nach dem man in den Hauptartikeln nur eine durchschnittliche Steigerung von etwa 43 bis 65 Prozent feststellen könne.

Das ist eine grobe, und wir behaupten sogar, eine absichtliche Täuschung einer öffentlichen Behörde. Zum Beweise folgende: Die Preise für Äpfel (Hochstämme, Mittelstämme, Buschbäume) haben sich um 200—320, Birnen um 200—320, Kirschen um 180—280, Pflaumen um 265—330, Parkbäume um 180 bis 300, Koniferen um 220—550, hochstämmige Rosen um 200 Proz. erhöht. Der Vergleich ist zwischen 1913 und 1927 gezogen. Im Jahre 1926 standen die Preise noch höher als 1927, dadurch wird die Übertreibung der Leipziger Unternehmer noch schlimmer. Unsere Zahlen sind einwandfrei, bei den verschiedensten Verhandlungen sind sie von unseren Vertretern vorgebracht und von den Unternehmern nicht bestritten worden.

Wir ersuchen unsere Vertrauensleute, die so hinter das Licht geführten Behörden auf diese Dinge aufmerksam zu machen, die Unwahrheiten der Unternehmer aufzudecken, in jedem Fall, in dem es von einiger Bedeutung ist.

## Ein Dokument der guten Geschäftslage der Baumschulen.

In Ergänzung der vorstehenden Zurechtweisung der vom „Bund der Baumschulenbesitzer“ veranlaßten unrichtigen Informationen über die Preisgestaltung von Baumschulwaren geben wir einen Marktbericht wieder, den wir dem Organ des Bundes, den „Mitteilungen des Bundes deutscher Baumschulenbesitzer“ für Februar 1928“ entnehmen. Es ist eine besondere Spezialität dieser Herren, bei Lohnverhandlungen, die ja meist vor den Schlichtungsausschüssen stattfinden müssen, mit „schlechtem Geschäftsgang“ und „bedeutend zurückgegangenem Absatz“ zu operieren. Besonders in diesem Frühjahr wurde versucht, mit den teilweisen Frostschäden des letzten Winters Eindruck zu schinden. Demgegenüber zeigt der folgende Marktbericht, wie außergewöhnlich die Übertreibungskünste und „Wahrheitsliebe“ dieser Baumschulen-Besitzer und-Direktoren sind.

### Marktbericht.

In Ausführung des Goslarer Beschlusses vom Januar 1928 erhalten Sie nachstehend einen zusammengefaßten Bericht über die heutige Marktlage:

Aus einigen Gegenden werden stärkere Frostschäden gemeldet, besonders haben Birkenhochstämme, wie auch Formobst bis zu den einjährigen Veredlungen herunter gelitten. Auch von Rotlorn meldet man Frostschäden; immergrüne Pflanzen, wie Kirschlorbeer, Aucuben, Ligustrum ovalifolium u. a. m. haben stark gelitten.

Obst-Hochstämme: Äpfel werden nach wie vor reichlich angeboten; Birnen werden durch die Frostschäden knapper werden; Kirschen dürften geräumt werden; Pflaumen sind in einigen Sorten bereits sehr knapp, so daß Nachfrage nicht zu decken ist. Walnüsse sind noch genügend greifbar.

Obst-Halbstämme: Hier kann man bei Äpfeln eher von einer Knappheit sprechen, auch in den anderen Obstsorten sind die Vorräte nicht bedeutend, so daß diese leicht zu räumen sind.

Buschobst: In guter, erstklassiger Ware ist Buschobst sowohl in Äpfeln wie Birnen knapp, und die Vorräte dürften leicht geräumt werden. Dasselbe gilt von Kirschen und Pflaumen. Pfirsiche werden noch reichlicher angeboten, doch wird auch hier gute, frostfreie Ware ebenso wie in Aprikosen unterzubringen sein.

Formobst: In Pyramiden 2 Etagen ist starke Nachfrage, und kann dieselbe nicht gedeckt werden. Spaliere mit 2 Etagen sind reichlicher, während Verrier und Uformen, wie Kordons, besonders wagerechte, gut gekauft werden.

Beerenobst ist nicht zu reichlich vorhanden. Der gewesene Überfluß in Johannisbeeren ist aufgebraucht. Von Stachelbeeren in Büschen sind die Vorräte ebenfalls nicht sehr groß. Das Geschäft in Beerenobst-Hochstämmen scheint sich auch zu regulieren, obgleich man zuerst annahm, es sei Überproduktion vorhanden. Die Engrospreise sind allerdings weit heruntergedrückt.

Rosen: Niedrige Rosen haben gut gehandelt; die Nachfrage ist gut. Vorräte dürften in manchen Arten, wie z. B. Polyantha, kaum ausreichen, zumal der hohe Ausfall durch Frostschäden sich erst im März und April auswirken wird. Auch gute Gruppensorten werden knapp. Hochstämme auf Sämlingsstämmen in erster Qualität sind geräumt, bzw. sind die Vorräte in den Händen, welche sie direkt an den Verbraucher geben. Im Handel dürfte kaum noch etwas zu haben sein. Waldstämme sind noch reichlicher vorhanden, doch dürften auch diese bei der Knappheit der Sämlingsstämme bald räumen.

Gehölze-Ziersträucher waren im allgemeinen gut gefragt und werden auch im Frühjahr gut gehen, in einigen stärker gefragten Sorten werden die Vorräte bereits knapp.

Veredelte Gehölze werden durch die etwas höheren Preise, welche sie bedingen, etwas vernachlässigt. Man bevorzugt immer das billigere Material. Zierbäume dürften besser gehen. Stärker gefragt waren darin nur Syringen-Hochstämme, besonders die größeren Stammhöhen, welche überall geräumt sein dürften, wogegen niedrigere Stämme noch reichlich zu haben sind.

Heckenpflanzen sind nach wie vor stark gefragt. Man kann auch sagen, in allen Arten und Altersklassen. Leider fingen einzelne Firmen an, die Preise für einzelne Artikel ganz unberechtigtweise zu senken, so daß es schwer hält, z. B. für Weißbuchen das zu erzielen, was gute Ware kosten muß und auch bezahlt werden würde, wenn man im Preisehalten einig sein würde. Allerdings sind auch die Qualitätsunterschiede sehr groß. Die Preise für gute Ware werden sich auch weiterhin halten lassen. Einige Artikel, wie Cornus mas., Ligustrum atrevirens u. a. m. sind knapp. Der Bedarf war und ist nicht zu decken.

Koniferen zu Hecken: Das Koniferengeschäft zieht sich immer mehr zum Frühjahr hin und liegen hier auch gute Aufträge vor. Vorräte dürften aber genügend vorhanden sein, sofern sich nicht auch hier in den nächsten Wochen größere Frostschäden in Taxus, Buxus und Cypressen zeigen, wie dies leider von einzelnen Stellen schon gemeldet wird. Warnen muß man vor dem zu starken Senken der Thuypreise.

Allee- und Straßenbäume: Die Vorräte sind im Herbst schon sehr stark gelichtet gewesen und in manchen Arten bereits ganz geräumt. Es ist viel südliche Ware importiert, doch dürfte diese sicher teils unter Frost gelitten haben. Die vielen Angebote auf Alleebäume in Inseraten führen leicht zu dem Schluß, daß noch nennenswerte Vorräte zur Verfügung ständen, was aber in fast keiner Art zutrifft. Die Preise sind dem Angebot entsprechend, und man muß versuchen, diese auch unbedingt durchzuhalten. Die Vorräte dürften sich auch für die nächsten zwei Jahre noch nicht viel bessern.

Koniferen, wie bei Heckenpflanzen gesagt, mehr ein Frühjahrsgeschäft.

Jungpflanzen — Laub- und Nadelhölzer — Obstwildlinge — Unterlagen: Hier ist nicht viel zu sagen, da diese mehr Frühjahr-Artikel sind. In junger Heckenware war die Nachfrage und der Bedarf gut. Obstwildlinge in guter Ware waren knapp und haben gute Preise erzielt; dasselbe läßt sich von anderen Unterlagen sagen.

\*

Wir empfehlen unseren Kollegen, diesen Marktbericht für künftige Verhandlungen zurückzulegen. Selbst Schlichtungsausschüsse werden sich diesem von der Leitung des B. d. B. im Auftrage einer Bundestagung angefertigten Dokument über die wirklich sehr günstige Geschäftslage der Baumschulen nicht verschließen können.

## Vom Kapitel Berufsberatung zum Kapitel Rationalisierung.

Im Leitartikel der Nr. 12 der „A. D. G.-Ztg.“ ist in der Betrachtung der „Offenen Worte“ Dr. Eberts zum Kapitel Berufsberatung von uns darauf hingewiesen, daß der Bedarf an gärtnerisch geschulten Kräften nicht, wie Dr. Ebert es darstellt, erst jetzt infolge unserer lebhaften Tätigkeit, die Gärtnerei „unter den Zwang berufsunnatürlicher gewerblicher Fesseln“ zu bringen, nachlassen wird, sondern daß bereits seit Jahrzehnten ein planmäßiges Streben der Arbeitgeber festzustellen ist, gelernte Arbeiter durch ungelernete zu ersetzen. Die rationellere Gestaltung der Arbeitsweise ist es, die „zwangsläufig“ aus sich heraus zur beschränkten Verwendung gelernter Arbeitskräfte und zu deren Ersatz durch un- und angelernte Kräfte führt“, so schlossen wir unsere diesbezüglichen Darlegungen ab und fügten hinzu, daß diese Entwicklung auch vor sich geht ohne das Zutun der organisierten Arbeitnehmer. Trotzdem wir uns dessen bewußt sind, daß die rationellere Arbeitsweise die geschilderte Begleiterscheinung eingeschränkter Verwendung gelernter Arbeitskräfte aufweist, fördern wir organisierte Arbeitnehmer diese Rationalisierung, weil wir grundsätzlich jedem Fortschritt dienen. Das wollten wir daran anschließend zum Ausdruck bringen; das Bemühen, uns möglichst kurz zu fassen, hat jedoch einen Satz entstehen lassen, der so ausgelegt werden könnte, als förderten wir bewußt eine beschränkte Verwendung gärtnerisch gelernter und geschulter Arbeitskräfte. Obgleich es unsinnig wäre, unseren Bestrebungen eine derartige Auslegung geben zu wollen, so wäre unter den derzeitigen Verhältnissen ein dahinzielender Versuch nicht unmöglich. Um diesem vorzubeugen, hielten wir es für angebracht, unsere Auffassungen zu dieser Frage nochmals eindeutig darzulegen. Also wir fördern die Rationalisierung um ihrer selbst willen, nicht etwa, um durch sie eine Beschränkung gelernter Arbeitskräfte zu erreichen. Sondern wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß eine wirklich rationelle Arbeitsweise beste fachliche Ausbildung der Arbeitskräfte bedingt. Aber wir erkennen das Bestreben der Arbeitgeber, mit der Rationalisierung einen Ersatz gelernter Arbeitskraft durch ungelernete zu verbinden, um an Lohn zu „sparen“, den Lohn zu drücken. Die Erkenntnis dieser Arbeitgeberbestrebungen bedeutet jedoch nicht ihre Billigung, sondern auch hier befinden wir uns im schärfsten Gegensatz zu den Arbeitgebern, was unsere Lohnkämpfe ja am besten beweisen.

Im übrigen spielt der Einsatz ungelerner oder angelernter Kräfte an Stelle gelernter gar nicht die große Rolle, die Dr. Ebert aus gewissen Gründen ihm beilegt. Die Rationalisierung in der Gärtnerei hat wie auch in der Industrie zum hauptsächlichsten Ziel: Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit. Da hier im besonderen die Bodenbearbeitung in Betracht kommt, so handelt es sich vornehmlich um die Handarbeit der Ungelernten, die durch die jetzigen, im Zeichen der Maschinenkraft stehenden Rationalisierungsmethoden eingeschränkt wird.

Es ist also zusammenfassend festzustellen, daß die Unternehmer neben der schon in früheren Zeiten angewandten Rationalisierungs-Methode des Ersatzes der „teueren“ Arbeitskraft durch die billigere der Ungelernten heute auch noch die Methode des Ersatzes der menschlichen Arbeitskraft überhaupt durch die Maschine zur Anwendung bringen. Trotzdem sie anerkennen müssen, daß die letztere Rationalisierungs-Methode vor allem auch sehr viel Arbeitszeit spart, wehren sie sich nicht nur gegen eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit, sondern erstreben obendrein sogar noch eine längere. So beweist gerade die moderne Rationalisierung die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Einwirkung auf Verkürzung der Arbeit und größeren Schutz der Arbeitskraft! Darum eben sind unsere Bestrebungen auf Unterstellung der Gärtnerei unter das „gewerbliche“ Arbeitsschutzgesetz ebenso gerechtfertigt wie unsere Lohnbewegungen. Unser heutiges profitierendes Unternehmertum bedarf dringend der Fesseln, die der Dr. Ebert beklagt, um die in seiner Profitgier sich zeigende Unnatur zu bändigen und in gesetzlichen Grenzen zu halten.

## Was ist Urproduktion?

### III.

In allen arbeitsrechtlichen Streitfällen aus gärtnerischen Betrieben spielt jetzt der Begriff der „Urproduktion“ die Hauptrolle. Ob vor dem Arbeitsgericht oder vor dem Schlichtungsausschuß und den Instanzen der Sozialversicherung, überall wo eine Kränkerseele gegen Bestimmungen des Arbeitsrechts sich vergangen und nun in dem Fegefeuer der Gewerbeordnung, der Arbeitszeitverordnung oder anderer sozialer Gesetze die notwendige Läuterung erfahren soll, da wird das zappelnde Sträuben dieses Sünders be-

gleitet von dem bald klagendem, bald wutschnaubendem Geschrei: Mein „Gartenbau“-Betrieb ist „Urproduktion“. — Eine Zeitlang wollten die Garten-Bauern Landwirte sein, doch man merkte es ihnen an, so aus vollem Herzen kamen ihnen die Liebeserklärungen für die Landwirtschaft nicht. Jetzt, nachdem Dänhardt und Steffen die Urproduktion auch für die Landwirtschaft im Blumentopfe genannt „Gartenbau“, erfunden haben, geht ein Aufatmen durch die Reihen der Gartenbauern. Das behagt ihnen doch besser, triumphierend tönt es jetzt aus dem Gehege ihrer oft knirschenen Zähne bei jeder passenden und unpassender Gelegenheit: „Mein Betrieb“ ist natürlich kein gewerblicher, aber um Gotteswillen auch kein landwirtschaftlicher. Ich betreibe „Urproduktion“! —

Wie das so selbstbewußt und beinahe schön klingt. — Nur einer hat bisher vermocht, es noch schöner zu deklamieren — Herr Meystre im Johannesstift zu Spandau, ehemals aktiver Häuptling des langsam dahinsiechenden Stammes der Gärtnerchristen. Der das von Weisheit triefende Wort baute: „Gartenbau ist Gartenbau“. In Ehrfurcht neigten sich die Häupter aller Gartenbauern. —

Wir aber, die wir nach Ansicht der Gärtnerchristen nicht genügend kaltes Wasser trinken, errechnen uns noch immer eine andere Meinung von der „Urproduktion“ des so genannten „Gartenbaues“ zu haben. Zur Ergänzung unserer Darlegungen in Nr. 4 und 8 der A. D. G.-Z. geben wir einem Auszug aus einem Aufsatz über das Thema: „Wie entsteht Blütenfüllung“ Raum, der aus der Feder des Gartenbautechnikers Mendorff im „Gärtnerei-Fachblatt“ erschienen ist. Dieser Aufsatz vermittelt einen zwar kurzen, aber äußerst klaren Einblick in gärtnerische Maßnahmen, die typisch für die gärtnerische Arbeit und Erzeugung sind, die aber zur Urproduktion sich verhalten wie der Tag zur Nacht.

Nach einer Untersuchung der Entstehungsmöglichkeiten einer Blütenfüllung sagt Mendorff:

„Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, durch welche Maßnahmen wir eine Blütenfüllung erreichen können, so werden wir erkennen, daß vor allem eine Veränderung der Standortbedingungen dazu führen kann. Es braucht jedoch nicht immer eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu sein, oft kann auch gerade durch das Gegenteil, nämlich durch Hungerkultur, eine Blütenfüllung erreicht werden, wie es bei der Levkoje der Fall ist. Wir wollen zuerst die Petunie betrachten, bei der eine Mastkultur die Blütenfüllung begünstigt. Nach der üblichen Vorkultur werden die Pflanzen im Mai in genügend große Töpfe bei Verwendung sehr kräftiger Erde eingetopft. Darauf stellen wir sie auf bedachten Treppenstellagen auf, um die Pflanzen in bezug auf Ernährung und Befruchtung jederzeit in der Hand zu haben. Bei Eintritt der Blüte können wir feststellen, daß die gefüllten Blüten keine Stempel, wohl aber zwischen den Blumenblattkreisen einzelne verkrüppelte Staubgefäße enthalten, die für uns höchst wichtig sind. Diese Blüten werden wir mit einem kurzen Stengelstück abschneiden, vorsichtig werden dann die Blütenblätter mit einer Pinzette abgezupft, bis die Staubfäden frei stehen. Dann steckt man die Blüten in Handkästen mit feuchtem Sand, wodurch sich die Staubfäden zu strecken beginnen. Mit diesem von gefüllten Blüten stammenden Blütenstaub befruchten wir dann Stempel von Pflanzen mit einfachen Blüten, die vorher kastriert wurden. Das Ergebnis einer folgenden Aussaat müssen gefüllt blühende Pflanzen in mehr oder minder hohem Prozentsatz sein. Dabei ist zu beachten, daß die großen Samen die gefüllt blühenden Pflanzen, die kleineren, die einfach blühenden ergeben, die außerdem später keimen (Auslese im Saatbeet).

Gerade entgegengesetzt ist es bei der Levkoje, die durch Hungerkultur gefüllte Blüten hervorbringt. Wir müssen auch hier die Pflanzen zuerst in kräftige Erde eintopfen und auf einer Treppenstallage unter einem Abdach aufstellen. Bei Eintritt der Blüte müssen wir gefüllt blühende Pflanzen ausmerzen, da sie für Samengewinnung nicht in Frage kommen, sind auch beide Geschlechtskreise in Blütenblätter umgewandelt. Die Erfahrung hat nun gezeigt, daß unvollkommen ausgebildeter eckiger Same eine größere Anzahl gefüllt blühender Pflanzen ergibt, als voll ausgebildeter runder Same. Darum darf man die Pflanzen nur soviel gießen, daß sie eben am Leben bleiben und nicht welken. Die Samen werden dabei voll ausreifen, aber rundlich (unvollkommen ausgebildet) aussehen. Bei der Aussaat ergeben diese Samen die ersten krüppeligen Pflanzen, die zu einem großen Prozentsatz gefüllt blühen werden, die von runden Samen liefern dagegen die einfach blühenden Pflanzen.

Bei Rosa hybrida finden wir meist mehr oder weniger gefüllte Blüten mit Staubblättern und Stempeln, so daß eine Kreuzung leicht möglich ist. Man muß auch hier am frühen Morgen vor dem Erblühen die zur Befruchtung bestimmten Blüten vorsichtig kastrieren und sich mit der Lupe davon überzeugen, daß auf der Narbe noch kein Pollen ist — die ganze Befruchtung wäre sonst hoffnungslos. Im Laufe des Vormittags wird dann mit einem feinen Pinsel die Übertragung des Pollens von der Vaterblüte vorgenommen. Bei den meisten Sorten genügt ein einmaliges Bestäuben, andere nehmen schwerer an und müssen einige Tage hintereinander befruchtet werden. Die Schwierigkeit bei der



Rosenzüchtung liegt vor allem darin, daß der Blütenstaub in vielen Fällen zu einem sehr hohen Prozentsatz taub ist. Weiter ist noch zu erwähnen, daß das Ergebnis einer Befruchtung nicht immer die gewünschte Entwicklung einer Frucht und Ausbildung des Samens ist.

Aus diesen Ausführungen ist wohl ersichtlich, daß nur Spezialbetriebe, wie wir z. B. in Erfurt finden, diese Arbeiten durchführen können."

Die Rechtsgelehrten verstehen unter Urproduktion die Gewinnung von Rohstoffen, wie die Natur sie werden läßt. Sie werden, wenn sie nicht als sehr unmoderne Menschen mit veralteten, längst überwundenen Standpunkten gelten wollen, sich bald umstellen und anerkennen müssen, daß Urproduktion jetzt das genaue Gegenteil von dem ist, das man bisher darunter verstanden hat. Denn auch die Erfurter Spezial-Blumensamenbaubetriebe wollen selbstverständlich „Urproduktion“ sein, wie es ebenso selbstverständlich alle die Gärtnereien sein wollen, die unter weiteren Bemühungen, dem lieben Gott ins Handwerk zu puschen, ihr Gewerbe betreiben. Doch es liegt wohl ein wenig auch an dem Willen der Arbeitnehmer, der dahingeht, daß der gesunde Menschenverstand nicht vergewaltigt werden soll. Und wir Arbeitnehmer möchten die Urproduktion auf die Gewinnung von Rohstoffen beschränkt wissen.

## Treibgemüse sind Genußmittel, Ihre Erzeugung ist Gewerbe.

Unseren Kollegen werden gelegentlich in der Tagespresse Notizen aufgefallen sein, die vom Gartenbau handeln, dessen wirtschaftliche Bedeutung herausstreichen, oft in plumpester Form das Essen „nur deutscher“ Früchte und Gemüse anbefehlen und deswegen der Lächerlichkeit verfallen. Das sind meist Notizen, die aus der literarischen Küche des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues stammen und deshalb mit einem GPD. (Gartenbau-Presse-Dienst) gezeichnet sind. Meist lohnt es sich nicht, sie zu beachten. Doch eine GPD.-Notiz erweckte vor kurzem unsere Aufmerksamkeit; sie trug die Überschrift:

GPD. Warum sind gerade die einheimischen Frühgemüse besonders wertvoll? und die Unterschrift: Prof. Dr. K.

Sie besagt: „Es hieße sich einem großen Irrtum hingeben, wenn man annehmen wollte, unsere meisten Gemüse und zumal unsere Frühgemüse wären besonders nährwertreich. Im Gegenteil, beim Betrachten von Analyseergebnissen muß die Armut an eigentlichen Nährwerten gar bald in die Augen fallen. Ihre wesentliche Bedeutung haben sie in ihrer Eigenschaft als Genußmittel zu erfüllen.“

Diese Feststellungen des Prof. Dr. K. sind nicht nur vom ernährungswissenschaftlichen und hauswirtschaftlichen Standpunkt gesehen außerordentlich interessant, sondern zweifellos auch sehr wichtig für unsere gärtnerische Rechtsfrage. Der Reichsarbeitsminister erteilte bekanntlich auf eine Anfrage, ob die Gärtnerei zum Gewerbe oder zur Landwirtschaft gehöre, den Bescheid (IV A. 13 647): „Nach meiner Auffassung sind Gärtnereibetriebe insoweit als landwirtschaftliche anzusehen, wie sie zur menschlichen oder tierischen Ernährung bestimmte Pflanzen einschließlich des dazu gehörigen Saatgutes anbauen, sofern der Anbau nicht in überdeckten Räumen (z. B. Treib- und Gewächshäusern) geschieht.“ Diese Auffassung, die sich durchaus mit der unsrigen deckt, erfährt durch die obigen, auch in der „Gartenbauwirtschaft“ des R. d. d. G. (Nr. 21/1928) veröffentlichten wissenschaftlichen Feststellungen des Prof. Dr. K. eine sehr wertvolle Stütze. Der Anbau von Treibgemüse muß also auch deshalb als gewerbliche Gärtnerei angesehen werden, weil Treibgemüse in der Hauptsache Genußmittel darstellen. Übrigens erklärte vor kurzem der Reichsverband des deutschen Gartenbaues ganz offiziell ebenfalls in seinem Organ in der „Gartenbauwirtschaft“:

### Der Frühgemüseanbau liegt der Landwirtschaft völlig fern.

Der Reichsverband d. D. G. hatte nämlich der Gewächshausfirma Höntsch u. Co. zum Vorwurf gemacht, daß diese sich mit ihrer Reklame zum Bau von Gemüsetreibhäusern an Landwirte gewandt hat. Darauf entgegnete die Firma, daß sie sich mit ihrer Propaganda ganz in dem Rahmen gehalten habe, der seitens der zuständigen Behörde gezogen sei und beruft sich zum Beweise dessen auf die Denkschrift des preuß. Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Da dieses ja sowohl die Belange der Gärtnerschaft als die der Landwirtschaft vertritt, so sei mit dieser Denkschrift auch die Landwirtschaft zur Intensivierung des Frühgemüsebaues aufgerufen.

Hier sind unsere Garten-Bauern wieder einmal nach ihrer eigenen Methode bedient worden. Interessant ist nun aber, zu beobachten, wie sich die „Gartenbauwirtschaft“ aus dieser

fatalen Situation herauswindet. Sie, die immer feste behauptet, die Gärtnerei sei bloß ein „Zweig der Landwirtschaft“, erklärt jetzt: Es sei „doch durchaus nicht gleichgültig, ob die Ausdehnung des Frühgemüsebaues durch Sachverständige oder aber durch Leute erfolgt, welche diesem Spezialgebiet des „Gartenbaues“ fernstehen. Es leuchtet jedem, der die Marktverhältnisse einigermaßen kennt, ein, daß die holländischen Frühgemüse nur durch gleichwertige oder bessere Erzeugnisse verdrängt werden können. Bessere Erzeugnisse auf dem Gebiet der Frühgemüsekultur können wir nur von Fachleuten und nicht von Landwirten erwarten. Es bedeutet ohne Zweifel eine große Gefahr für den deutschen „Gartenbau“, wenn die Landwirtschaft zur Betätigung auf einem ihr so völlig fernliegendem Gebiet, wie der Frühgemüsebau es ist, aufgerufen wird.“

Hm, hm, wenn der Anbau von Frühgemüsen der Landwirtschaft so völlig fern liegt, sollte dann dieses Spezialgebiet der Gärtnerei — hopsa, Verzeihung! — des „Gartenbaues“ nicht doch etwa gewerblicher Natur sein?

## Erweiterung und Verbesserung genossenschaftlicher Eigenproduktion.

Die deutschen Raucher geben je Jahr eine Milliarde vierhundert-einundvierzig Millionen Mark für Zigaretten aus, etwa 60 Prozent des gesamten Tabakverbrauchs entfallen auf Zigaretten.

In den letzten Jahren hat in der Zigarettenindustrie eine starke Konzentration stattgefunden. Von den im Jahre 1924 arbeitenden 629 Zigarettenherstellungsbetrieben waren Ende 1927 nur noch 276 vorhanden. Mehr als die Hälfte der Betriebe ist in diesen drei Jahren von der Bildfläche verschwunden. Von den 276 Fabriken waren 145 Zwergbetriebe, 65 Kleinbetriebe, 55 Mittelbetriebe und nur 11 Großbetriebe mit einem Umsatz von über 500 Millionen Stück Zigaretten im Jahre. Der Anteil, den diese 11 Fabriken an der gesamten deutschen Produktion haben, wird auf etwa 80 Prozent geschätzt.

Von diesen Großbetrieben wiederum haben die größte Produktion die meist mit ausländischem Kapital arbeitenden Konzerne. Der Reemtsma-Jasmatzi-Konzern soll etwa 40 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenproduktion herstellen.

Im Gegensatz zur Industrie hat sich im Handel mit Zigaretten die Zahl der Betriebe außerordentlich stark vermehrt. Zurzeit sind 560 000 Handelsbetriebe bei den Steuerbehörden angemeldet. Nach zuverlässigen Berechnungen beträgt bei einem nachgewiesenen Jahresumsatz von 1441,7 Millionen Rm. der Verdienst des Handels 432,5 Millionen Rm., und der Reklameaufwand, der in dieser Industrie besonders stark betrieben wird, etwa 72 Millionen Rm. Rund eine Milliarde Rm. Ausgaben der Raucher fließen also jährlich in die Taschen des Zwischenhandels und werden für Reklame verpulvert.

Daß es durch genossenschaftliche Eigenproduktion und Verteilung möglich ist, diese ungeheuren unwirtschaftlichen Ausgaben zu vermindern, wird ein großer Teil der Verbraucher einsehen.

Erst die Einführung der Banderolensteuer für Zigaretten im Jahre 1908/09 veranlaßte die Industrie, auf rationellere und billigere Fabrikationsmethoden hinzuwirken; die meisten großen Zigarettenfabriken in Deutschland stellten die Handarbeit ein und gingen zur Massenfabrikation durch Maschinenbetrieb über.

Dadurch wurden viele Arbeiter brotlos. Eine kleine Gruppe dieser Entlassenen fand sich zusammen und gründete im März 1910 in Stuttgart mit elf Mitgliedern die TAG/GEN-Zigarettenfabrik, die später ihren Namen in TAG-Zigarettenfabrik, e. G. m. b. H., umwandelte.

Die Betriebseröffnung — mit vier Arbeitern — war sehr einfach, da man keine Maschinen brauchte und nur Zigaretten durch Handarbeit herstellte. Die Produktion wurde im freien Handel abgesetzt, wobei man hauptsächlich die Kreise der Gewerkschafter als Abnehmer zu gewinnen suchte. Bei der Werbung für den Absatz der Zigaretten legte man immer Wert darauf, zu erklären, daß die hergestellten Zigaretten „Handarbeit“ seien, obwohl die Handarbeit bereits stark im Absteigen begriffen war.

Die TAG/GEN hatte vom ersten Tage an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Streit und Unzufriedenheit unter den Mitgliedern, die zum größten Teil auch im Betriebe beschäftigt waren, Kapitalmangel und Absatzschwierigkeiten waren die Quellen dauernder Beunruhigung für die Genossenschaft. Es waren also auch hier die typischen Erscheinungen, wie bei allen Produktions- (Arbeits-) Genossenschaften, die eine ruhige und gesunde Entwicklung nicht aufkommen ließen. Erst als im Jahre 1912 durch die Aufnahme der Geschäftsverbindung mit der Großeinkaufsgesellschaft die Konsumvereine in größerem Umfang als Abnehmer gewonnen wurden und eine Anzahl württembergischer Konsumvereine die Mitgliedschaft bei der TAG erworben hatten, setzte eine lebhaftere Entwicklung ein; die Kriegswirtschaft führte sogar eine gewisse Blütenperiode für die Genossenschaft herbei.

Die Genossenschaft, die zwar gegründet worden war, um den durch die Maschinenarbeit brotlos gewordenen Kollegen Arbeit zu verschaffen, konnte sich auf die Dauer der Entwicklung der Technik nicht entgegenstellen und mußte, um gegen die privatkapitalistischen Großbetriebe konkurrenzfähig zu bleiben, schon wenige Jahre nach

der Gründung von der Handarbeit zur maschinellen Herstellung der Zigaretten übergehen.

Die Konsumvereine, die Mitglied bei der TAG geworden waren, hatten solches in der ausgesprochenen Absicht getan, diese Genossenschaft zur gegebenen Zeit in die Großeinkaufsgesellschaft überzuführen. Dies geschah am 1. Januar 1921. Ende 1927 konnte die G. E. G. den Betrieb nach Hamburg übernehmen, nachdem die frühere Schokoladenfabrik einen dem neuen Zweck entsprechenden Umbau erfahren hatte. Es ist gelungen, für die neue Fabrik ganz erstklassige Fachleute zum Einkauf und für die Bearbeitung, besonders für die Sortierung und Mischung des Tabaks, zu gewinnen, die von frühester Jugend an mit dem Verarbeiten von Zigaretten tabak vertraut sind. Da die neue Fabrik auch mit den vollkommensten Einrichtungen, die die Technik der Tabakverarbeitung heute kennt, ausgestattet ist, sind alle Vorbedingungen dafür gegeben, daß die GEG-Zigaretten jeden Vergleich auch mit den unter dem ungeheuersten Reklameaufwand angebotenen Markenzigaretten aushalten.

Die Produktionsfähigkeit der neuen Fabrik geht weit über den letztjährigen Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft an Zigaretten von 46 000 Mille hinaus. Es gilt nunmehr, für den nötigen Absatz der GEG-Zigaretten zu sorgen, um auch diesen Produktionszweig den anderen GEG-Betrieben an Umfang gleichzustellen.

## Aufstieg der freien Gewerkschaften.

Die Entwicklung der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände hat im Jahre 1927 unter dem Einfluß der besseren Wirtschaftslage gute Fortschritte gemacht. Sie verzeichnen eine erfreuliche Mitgliederzunahme und auch eine erhebliche Steigerung ihrer Finanzkraft. Die durch die schwere Wirtschaftskrise verursachte rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen kam im Herbst 1926 zum Stillstand und war gegen den im September eingenommenen tiefsten Stand der Mitglieder bis Ende des Jahres bereits wieder eine Zunahme von 47 391 Mitgliedern eingetreten. Diese Kurve der Aufwärtsbewegung setzte sich sodann das Jahr 1927 hindurch ununterbrochen fort und ging auch in das neue Jahr über.

Der Gesamtzuwachs an Mitgliedern beläuft sich im Berichtsjahre auf 482 754 = 12,2 v. H. des Bestandes Ende 1926. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik des ADGB, ist bis März 1928 eine weitere Vermehrung der Mitgliederzahl um rund 132 000 eingetreten, so daß ausgehend von dem im September 1926 eingenommenen Tiefstand an Mitgliedern der ADGB, bis März 1928 einen Gewinn von 655 000 Mitgliedern zu verzeichnen hat. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1926 3 932 955 und Ende des Jahres 1927 4 415 689.

Die günstige Entwicklung der Verbände wird weiter gekennzeichnet durch ein erhebliches Anwachsen der Einnahmen. Besonders gestiegen ist die Beitrags-einnahme. Es wurden insgesamt 182 252 326 Rm. vereinnahmt, davon 169 613 598 Rm. an Beiträgen. Im Vorjahre betrug die Gesamteinnahme 148 139 716 Rm., hiervon entfielen 137 638 607 Rm. auf Beitragsleistung.

Die Ausgaben der Verbände zeigen im Berichtsjahre eine gegen das Vorjahr völlig abweichende Gestaltung. Bei ihnen tritt der Unterschied zwischen den Zeiten einer Wirtschaftskrise und einer guten Konjunktur recht deutlich zutage. Die Gesamtausgabe betrug im Berichtsjahr 129 463 897 Rm., sie war um 6 066 094 Rm. geringer als im Vorjahre. Erheblich zurückgegangen ist die Ausgabe für Unterstützungen, die im Jahre 1927 40 965 984 Rm. betrug, während sie im Vorjahre 62 064 263 Rm. ausmachte. Den größten Anteil an der Verminderung dieser Ausgaben hat die Arbeitslosenunterstützung, für die im Berichtsjahre 14 881 556 Rm. gegen 39 607 609 Rm. im Vorjahre verausgabt wurde.

Entsprechend den allgemeinen Fortschritten der Gewerkschaftsbewegung haben auch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1927 eine günstige Entwicklung aufzuweisen. In 108 Orten besitzen die Gewerkschaften eigene Gewerkschaftshäuser, für deren Verwaltung meistens besondere Gesellschaften gebildet sind, doch sind die Gewerkschaften die Träger dieser Einrichtungen.

## Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Die zunehmende Bedeutung, die der Organisierung und Erziehung der Jugend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewidmet wird, findet ihren Ausdruck in besonderen Konferenzen, in denen die Frage, die die Jugend vor allem bewegen, eingehend behandelt werden.

Am 13. und 14. Juli fand eine gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz in Köln statt, die mit einer Besichtigung der „Pressa“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des ADGB, sowie vom Bundesvorstand die Kollegen Maschke und Heßler anwesend.

In einem Réferat „Jugendämter und Gewerkschaften“ wies Dittmer-Berlin nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftskongreß herbeizuführenden Stellungnahme referierte Heßler über „Forderungen zum Berufsschulwesen“. Er legte die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Neuordnung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen Schulwesens.

In einer Entschliebung wird gefordert, daß „den besonders Befähigten aus der Arbeiterschaft, ohne daß sie die Fühlung mit der praktischen Arbeit verlieren, der Weg zu den mittleren und leitenden Stellen des öffentlichen und privaten Dienstes gesichert wird. Auch Berufsschulen, die in besonderen Einrichtungen die Form der Berufsmittelschule aufweisen, muß das Recht zur Verleihung der mittleren Reife eingeräumt werden. Die Einbeziehung der Berufsschulen in das System der Berechtigungen überbrückt den Gegensatz von Arbeit und Bildung, der unserem heutigen Schulleben eigen ist“.

Danach wurde Entschliebungen zugestimmt, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, daß bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendschutzforderungen berücksichtigt werden und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet. Bei der Erörterung dieser letzten Frage wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß einige Arbeitgebergruppen für Verkürzung der Lehrzeit eintreten, um dadurch den von ihnen befürchteten kommenden Mangel an gelernten Arbeitskräften zu mildern. In Berufen, in denen die Beschäftigung von Lehrlingen die von Gesellen überwiegt, wird längere Lehrzeit verlangt. Ist also die Lehrlingszüchtung unmöglich gemacht, dann hat man an verlängerter Lehrzeit kein Interesse mehr!

## Arbeitskämpfe und Tarife

Eine Maßregelung größeren Stils, die man beinahe Aussperrung nennen kann, hat die Baumschule in Praust vorgenommen. Sie ist eine Folge der Danziger Tarifbewegung, die noch immer nicht abgeschlossen ist und durch diesen brutalen Akt wahrscheinlich sabotiert werden soll. Die Baumschule hat 22 ihrer besten und ältesten Arbeiter auf die Straße geworfen, weil sie sich weigerten, den Austritt aus unsern Verband zu erklären. Die Unternehmer werden sich über die Folgen ihres Terrors noch wundern.

Der Rheinische Provinzialtarif für das Rheinland ist vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Damit ist die seit Monaten geführte Tarifbewegung endlich zu einem Abschluß gelangt. Über die Bewegung werden wir in der nächsten Nummer noch ausführlicher berichten. Der Lohn beträgt für Ausgelernte 60 Rpf. und steigt nach vierjähriger Gehilfen-tätigkeit auf 80 Rpf.

## Staats- und Gemeindegärtnererei

In den Moorversuchskulturen Großbeeren der Lehr- und Forschungsanstalt Berlin-Dahlem, erhielten bisher die Beschäftigten den Lohn nach dem Tarifvertrag der Verwaltungsarbeiter, jedoch ohne Ortszulage. Das war selbst für dortige Verhältnisse ein tatsächlicher Hungerlohn. Obgleich die Verwaltung zu diesen Bedingungen nicht genügend Arbeitskräfte bekommen konnte, kam sie von sich aus nicht auf den Gedanken, durch eine Ortslohnzulage den billigen und angemessenen Ausgleich herbeizuführen. Nach einigen anderen vergeblichen Versuchen, eine Aufbesserung ihres Lohnes zu erreichen, schlossen sich die Kollegen unserm Verband an. Unsere beim Finanzministerium eingeleiteten Schritte hatten den Erfolg, eine entsprechende Lohnerhöhung durch die Gewährung einer Ortslohnzulage von 24 Prozent zu erlangen. Der verhältnismäßig schnelle Erfolg war nur deshalb möglich, weil die dortigen Kollegen bereit waren, ihrer Forderung durch eine Arbeitseinstellung Nachdruck zu verleihen. In solcher Situation kann auch eine Behörde schnell arbeiten. Eine solche entschlossene Kampfstellung sollten unsere Kollegen in den Staatsbetrieben öfter einnehmen.

## Friedhöfe

Tarifabschluß für die Kirchfriedhöfe in Harburg.

Nach längeren Verhandlungen ist hier zum erstenmal ein Rahmentarifvertrag in gütlicher Vereinbarung zum Abschluß gekommen. Zur Regelung des Lohnes allerdings mußte der Schlichtungsausschuß eingreifen. — Aus den Bestimmungen des Vertrages ist hervorzuheben, daß die tägliche Arbeitszeit mit acht Stunden festgesetzt ist. Überstunden sind nur zu leisten, wenn der Beerdigungsbetrieb es erfordert und werden mit Aufschlägen von 15—100 Prozent



bezahlt. In die Woche fallenden Feiertage werden mit bezahlt. Urlaub ist festgesetzt bis zu 12 Werktagen. Der Rahmentarif ist auf drei Jahre vereinbart, der Lohnvertrag ist laut Schiedsspruch auf zwei Jahre festgesetzt, bestimmt aber, daß jeweils die bei der Stadt Harburg geltenden Löhne einschließlich der Familienzulagen und Leistungen in Krankheitsfällen zu zahlen sind. Die ganze Regelung erfolgt unter der Voraussetzung und Errichtung einer Pension-Ruhegeld-Ordnung.

Die ganze Regelung ist ein schöner Erfolg einer einigen Kollegenschaft und beweist uns wieder einmal, daß nur dort und wann etwas erreicht wird, wenn wir entschlossen und stark genug sind, um uns trotzdem und alledem durchzusetzen. R.

### Lohnzulage in Königsberg.

Für die Friedhofsarbeiter in Königsberg ist zwischen unserer Gauleitung Königsberg und dem Ostpreußischen Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe eine tarifliche Vereinbarung abgeschlossen, wonach die männlichen Arbeiter eine Lohnzulage von 6 und alle weiblichen eine Zulage von 4 Rpf. für die Stunde auf die im Vertrag vom 16. Juni 1927 festgesetzten Löhne erhalten.

## Berichte

### Günstige Entwicklung der deutschen Blumenzucht.

Nach Ermittlungen eines Dr. Herbert Schmidt, Lamberg, hat der deutsche Gartenbau einschließlich der Kleingärten in 1927 sein Gebiet um etwa 15 Proz. gegenüber dem Vorjahr vergrößert. Vor allem im Blumenanbau, der nach seiner Ansicht streng geschieden werden muß vom Obst- und Gemüseanbau, haben sich merkwürdige Ausdehnungsmöglichkeiten ergeben durch das Hinzutreten einer Reihe ausländischer Kunden. Er berechnet den Gewinn, der für die deutsche Wirtschaftsbilanz aus der verstärkten Blumenzucht für das Wirtschaftsjahr 1927 sich ergibt, auf rund 1,8 bis 2 Millionen Goldmark.

Der deutsche Blumenanbau hat auch insofern einen recht ansehnlichen Erfolg davongetragen, als die Erzeugung deutscher Toiletteseifen und Parfümieren in erhöhtem Maße Produkte der deutschen Blumenzucht verwendet hat, selbst Holland und Belgien haben für diese Zwecke größere Bestellungen nach Deutschland gegeben.

Auch die Statistik des deutschen Außenhandels läßt diese günstige Entwicklung erkennen. Der Wert der in den ersten fünf Monaten d. J. ausgeführten Erzeugnisse der Blumengärtnerei betrug 2416 000 Rm. gegenüber 2 139 000 Rm. im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Das ist eine Steigerung um fast 13%. Die Einfuhr solcher Erzeugnisse erfuhr allerdings auch eine weitere Zunahme, doch betrug diese nur 6,5%.

### Mißbräuchliche Verwendung der Reichskredite.

In einer gemeinsamen Tagung der Bezirksgruppen Mittelrhein und Bonn des R.d.d.G. wurde in einem besonderen Tagesordnungspunkt über die mißbräuchliche Verwendung der Reichskredite verhandelt. Von allen Seiten kommen lebhaftige Klagen darüber, daß die mit den Krediten erbauten Häuser, unter Umgehung der ganz eindeutigen Bestimmungen, daß sie nur dem Frühgemüsebau dienen sollen, für Schnittblumen- und Schnittgrünkulturen benutzen.

Lebhaften Unwillen löste auch die Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage durch die Landwirtschaftskammer Bonn aus, die besagt, daß eine zeitweilige Benutzung solcher Häuser zu anderen Kulturen statthaft sei, wenn dadurch die Rentabilität der Anlage erhöht würde. Man nannte auch verbürgte Fälle, in denen die Kredite Leuten, welche ohne jegliche Fachkenntnisse waren, förmlich aufgedrängt worden seien, die nun nicht wüßten, was sie mit dem Segen anfangen sollten. Die Versammlung gab der Auffassung Ausdruck, daß die Art und Weise, wie die Kredite heute vergeben werden, durchaus reformbedürftig sei. Die jetzige Methode stelle sich als eine schwere Benachteiligung jener Berufskreise heraus, denen die Kredite nicht erreichbar sind.

### Enttäuschungen Ausgelernter.

Die Eltern eines jungen Kollegen, der in Königsberg i. Pr. unter schon nicht besonders idealen Verhältnissen die gartenbäuerliche Gärtnerei erlernte und Stellung nach Lyck in Ostpreußen annahm, erhielten von ihm folgende Schilderung der ersten Eindrücke seiner Gehilfenstelle:

#### Liebe Eltern!

Bin gut angekommen. Die Gärtnerei Schäfer ist ziemlich groß, aber es sind weiter keine Leute hier. Ein ganzes Teil Frühbeete sind auch da, aber kein Gewächshaus. Meine Stube ist auch groß, nur auf der einen Seite fällt man durch die Dielen durch. Einen Schrank habe ich nicht, meine Kleider muß ich immer an der Wand lang an Nägeln hängen. Sogar ein Stuhl ist nicht da, nur so ein altes Stück Sofa, durchdrückbar bis ganz unten. Arbeitszeit von 6 Uhr bis es dunkel ist. Ein schöner Sport. Da ich schon schön aus dem Regen in die Traufe gekommen, hätte ich das vorher gewußt, hätten mich zehn Züge nicht hergekriegt.

Der Chef erzählt mir: Ja, in der Handelsgärtnerei gibt es keinen Feierabend. Im Sommer fängt er um 4 Uhr an. Ich habe nicht einmal ein Licht. Aber, wenn man bis dunkel arbeitet, ist das ja auch nicht nötig. Einen Sonntag scheint es auch nicht zu geben. Da kann man ja verrückt werden.

Mit traurigem Gruß

Euer Sohn Paul.

Mit diesen Empfindungen und unter derartigen Umständen erfolgen die ersten Schritte eines jungen Menschen in seinem Beruf, zu dessen Erlernung er drei der schönsten Jahre seines Lebens geopfert hat. Und diese Zustände wollen die sich berufen fühlenden „Führer“ dieses Berufes durch Ausschaltung des Arbeiterschutz- und des Berufsausbildungsgesetzes erhalten und noch weiter verschlechtern lassen. — Allerhand Achtung vor solchen „Führern“.

Die Schilderung eines Ausgelernten, der das „Unglück“ hat, in Berlin geboren zu sein und auch in einer Berliner Gärtnerei seine Berufsausbildung erfahren zu haben:

Mit einer Überweisungskarte des Arbeitsnachweises ausgerüstet, die den Vermerk „Ausgelernter“ trug, stellte ich mich einem recht wohlbeleibten Herrn Orgzey in Berlin-Neukölln, Heidelberger Straße, vor. Die Beantwortung der ersten Frage nach meinem Alter löste eine gewisse Befriedigung aus, denn ich bin schon 19 Jahre alt. Aber ihr folgte gleich die zweite schicksalsschwere: Sind Sie Berliner? Als ich diese wahrheitsgemäß mit Ja beantwortete, klang es mir von dem in Berlin so wohlhabend gewordenen entgegen: „Von die Berliner ha' ick de Neese voll. Sie komm'n vor mir nich in Frage. Ich will eenen, der direkt aus die Lehre kommt und der vom Lande is. Det sind die genausten Minutenarbeiter, morjens zu spät kommen und abends schleunigst wieder vaduffen. Un denn muß man ihnen noch det Handwerkzeug nachräumen.“ — „Ick hab' eenen Berliner jehabt, den hab' ick nach 4 Wochen raußjeschmissen“, rühmte er sich außerdem noch. — Bis jetzt hatte er ja in mir einen geduldigten Zuhörer, doch nun fragte ich ihn nach der Arbeitszeit. „Von morjens sechse bis abends sieben“, war die Antwort, und dafür „36“ Rm. pro Woche. Nun hatte ich aber „die Neese voll“ und frohen Herzens machte ich die Türe von außen zu.

Armer Kollege, der du hier geduldet hattest volle vier Wochen lang. Und dich, Kollege vom Lande, bedauere ich von ganzem Herzen. Mit guten Vorsätzen wirst du diese Stelle als frisch gebackener Gehilfe besetzen wollen, doch auch du wirst bald „die Neese voll“ haben. Hoffentlich bist auch du organisiert und weißt dich deiner Haut zu wehren. Adler.

### Meinungsaustausch großer Geister.

Unser Beruf weist anscheinend besonders viele „Originale“ auf, die ihre eigenen Ansichten haben und behaupten, unterscheiden sie sich von denen der anderen auch nur durch das bekannte Tüpfelchen. Zeitschriften, die auf der „Höhe“ sind und bleiben wollen, tragen diesem Wesenszug denn auch Rechnung, in dem sie einen „Sprechsaal“ oder „Meinungsaustausch“ einrichten. Das Studium dieser Ecken in den Zeitungen ist so mein Spezialvergnügen.

Da fand ich vor kurzem eine Unterhaltung über das sehr wichtige Thema: Welches ist die richtige Bezeichnung und Anrede für uns. Der die Geschichte einführte, sagte dazu:

„Wenn einer ganz tüchtig ist, dann kann er ja mal darüber nachdenken, was man denn an die Stelle von „Meister“ setzen könnte. Ich für mein Teil glaube, daß als Bezeichnung das Wort „Gärtner“ völlig genügt, und daß als Anrede das einfache und im täglichen Leben überall übliche „Herr“ die beste Lösung sein dürfte.“

Ein anderer aber erklärt:

„Im Handwerk hat der Meistertitel seine volle Berechtigung, die größte und sauberste Handfertigkeit bildet neben genügenden technischen Kenntnissen die Voraussetzung zur Erwerbung des Meistertitels. Im Gärtnerberuf sieht die Sache anders aus, der Gärtner wird, so lange er lebt, Forscher sein und bleiben; er kann nicht nach Schema F arbeiten und ist manchmal genötigt, seinen Arbeitsplan innerhalb 24 Stunden dreimal zu ändern. (Daher der Begriff „Plan“ — aber warum nur dreimal ändern. Schriftlgt.) Er muß Bodenkunde, Pflanzenkunde, Geometrie, Meteorologie, Pomologie usw. in Kopf haben und ein guter Kaufmann sein. Für so einen Kopf ist der Meisterhut zu klein (der Mann stammt aus Ostpreußen, Schriftleitung), und keine Spezialisierung wird ihn passend machen. Die Neuzeit mit ihrer Arbeitszeit und ihren Stundenlöhnen versucht ja alles unter einen Hut zu bringen, und wenn sie es mal so weit gebracht hat, daß „Kohl und Rüben auf Kommando wachsen“, dann mögen sich Meister und Gesellen damit abfinden — ich heiße Herr soundso und bin Gärtner.“

Dieser „Herr Gärtner“ scheint in einer schlimmen Selbsttäuschung sich zu befinden, denn „Herren“ mit solchen Auffassungen von der „Neuzeit“ pflegen sich sonst — Gartenbauern zu nennen.

Doch nun kommt einer daher, der meistert dieses wichtige Problem mit Lyrik und Poesie und läßt Hans Sachs in den Meistersingern uns lebendig werden:

Was deutsch und ecut wüßt keiner mehr,  
Lebts nicht in deutscher Meister Ehr';  
Drum sag ich euch, ehrt eure deutschen Meister,  
Dann bann ihr gute Geister.

Dem wollen wir ihm gern Recht geben, wenn er erklärt: Nur wer Meister ist, kann auch Lehrlinge ausbilden, und somit ist auch der Vergleich mit der Landwirtschaft abwegig, denn die Landwirtschaft kennt nicht Lehrlinge in der Art, wie wir sie haben.

Doch wir möchten betonen, uns kommt es nicht auf den Titel, sondern auf den Befähigungsnachweis derer an, die Lehrlinge ausbilden wollen. Gloffi.

## Rundschau

### Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses.

Der Vorstand des ADGB. gibt in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 21. Juli die endgültige Tagesordnung des am 3. September beginnenden Gewerkschaftskongresses bekannt. Neben den üblichen geschäftlichen Punkten sind folgende Referate vorgesehen: Fritz Naphthali, Berlin: „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“; Otto Heßler, Sekretär des ADGB: „Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“; Hermann Müller, stellvert. Bundesvorsitzer: „Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung“. Der Kongreß tagt im Gewerkschaftshaus zu Hamburg.

### Jugentagsnummer der „Arbeiter-Jugend“.

Am 4. und 5. August ist in Dortmund der 5. Reichsjugendtag des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend. An diesen Tagen werden über 20 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen in der industriellen Herzkammer Deutschlands aufmarschieren. Zu diesem Jugendtag sind die Nummern 7 und 8 der „Arbeiter-Jugend“ in einem Doppelheft als Festschrift erschienen unter dem Titel: „Rote Jugend auf der roten Erde“.

Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Buchhandlung. Das Doppelheft kostet 50 Pfennig.

## Bekanntmachungen

### An unsere alte Garde.

Die Zahl Kollegen, die auf eine 25jährige und längere Mitgliedschaft zurückblicken können, erhöht sich in progressiver Steigerung. In diesem Jahre wird sie eine weitere erhebliche Zunahme erfahren, sind doch bald 25 Jahre verflossen seit jenen Tagen, da in der Gärtnerbewegung um den Anschluß an die Freien Gewerkschaften gerungen wurde. Von jenen Kollegen, die damals die freigewerkschaftlichen Gedanken vertreten, die für sie gestritten und gelitten haben, darf angenommen werden, daß sie in verhältnismäßig größerer Anzahl dem Verbands nach dem erfolgten Anschluß die Treue gehalten haben, so daß die

### Ehrentafel unserer alten Garde

in den nächsten Wochen voraussichtlich eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. Erfahrungsgemäß werden durch die Vorstände unsrer örtlichen Verwaltungen nicht immer rechtzeitig unsere Jubilare entdeckt und der Hauptverwaltung gemeldet. Da nun aber anlässlich des Tages, an dem der bedeutungsvolle Vorgang des Anschlusses unseres Verbandes an die Freien Gewerkschaften zum 25. Male sich fährt, eine besondere Ehrung unserer Jubilare in Aussicht genommen ist, so ergeht hiermit an alle diejenigen Kollegen, die bis zum 1. Januar 1929 auf eine mindestens 25jährige Mitgliedschaft als

Freigewerkschaftler zurückblicken können, unmittelbar der Ruf, sich bei dem Vorstände ihrer Verwaltung oder Zahlstelle, oder sofern sie Einzelmitglieder sind, auch unmittelbar bei der Hauptverwaltung melden zu wollen, damit auch ihrer gedacht werden kann und keiner übersehen wird.

### Die Hauptverwaltung.

## Sterbetafel

Die Verwaltung Groß-Berlin verlor durch Tod den Kollegen **Andreas Kwasny**, Bezirk Falkenrehde-Ketzin, gest. am 19. Juli 1928 im Alter von 71 Jahren;

die Kollegin **Marie Müller**, Bez. Potsdam, gest. am 22. 7. im Alter von 79 Jahren;

den Kollegen **Emil Radicke**, Bez. Grunewald, gest. am 23. 7. im Alter von 58 Jahren.

Am 23. Juli 1928 verstarb das Mitglied der Ortsgruppe Essen, der Kollege **Gerhard Langner**, im Alter von 22 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Bücherschau

**Der deutsche Garten.** Ein Jahrtausend-Naturerleben von Paul Landau und Camillo Schneider, Verlag Deutsche Buchgemeinschaft, Berlin SW 68, die ihre Aufgabe darin sieht, guten und doch billigen Büchern in vorbildlicher Form und bester Ausstattung zu wohlfeilen Preisen den Weg in alle Schichten des Volkes zu verschaffen.

**Kleingarten-Bücherei** von Gartenbau-Ingenieur Curt Reiter, Dresden. Verlag: Gr. Junghans, Leipzig. Jedes Heft 1 Rm.

Heft 1: **Was der Gartenfreund wissen muß!** 300 praktische Ratschläge für den Garten und sonst allerlei Wissenswertes für Garten und Blumenzucht mit 49 Abbildungen.

Heft 2: **Blühende Zwiebelgewächse** und wie man sie sonst mit Erfolg pflanzen und pflegen muß.

**Handbuch der Gartengeräte.** Lexikon für alle im Gartenbau benötigten Geräte, Maschinen und Hilfsmittel. Von Paul Schütze, Gartenbau-Redakteur, beidseitiger Sachverständiger für Gartengeräte und gärtnerische Bodenbearbeitung. Mit 927 Abbildungen. 8<sup>o</sup> (450). M.-Gladbach 1928, Volksvereins-Verlag G. m. b. H. In Ganzleinen gebunden 6,50 Rm.

Ausführliche Besprechung der hier angezeigten Fachbücher erfolgt stets in unserem „Gärtner-Fachblatt“. Alle bei diesem bestellten Fachbücher werden bei Voreinsendung des Betrags auf das Postcheckkonto Verlagsgesellschaft „Gärtner-Fachblatt“ m. b. H., Nr. 11 691, Berlin, portofrei zugestellt.

Die Metallwerke Frankenberg G. m. b. H., Frankenberg, ein Zweigwerk der weltberühmten Zschopauer Motorenwerke, J. S. Rasmussen A.-G., Zschopau/Sa., welche die bekannten DKW-Motoren und Motorräder fabriziert, ist nunmehr auch mit dem Vertrieb der DKW-Transportwagen beauftragt worden. Die Metallwerke Frankenberg G. m. b. H., Frankenberg/Sa., waren bisher schon die Fabrikationsstätte für die DKW-Transportwagen und wird sie von jetzt ab mit wesentlichen Verbesserungen unter dem Namen „Framo“ herausbringen.

Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer



**Spatzen-Tecding N. 2.75**  
**Sauer-Revolver N. 7.50**  
ohne Waffenscheln  
**WAFFEN-PAULY**  
Bergedorf-Hamburg 45

**Eisen-Me-Betten,**  
Stahlmatratzen, **Minder-**  
**Betten, günstig an Private.**  
Katalog 464 frei. **Eisen-**  
**möbelabrik Suhl, Thür.**

**Direkt ab Fabrik an Private**  
Verlangen Sie meine Preisliste gratis.

**Beruis-, Sport- u. Lederbekleidung**

Mechanische Klorderfabrik  
Versandhaus Fritz Ulrich

**Altona-Eibe**  
Gustavstr. 53-60

Gesucht wird per sofort ein junger, tüchtiger, unverheirateter

**Gärtner**

für gr. Villengarten. Füllen von Blumenvasen muß mitbesorgt werden. Angeb. mit Zeugnisabschr. an **Chr. Ringwald & Co., G. m. b. H., Waldkirch-Breisgau**



### Der Framo-Lieferwagen

Fordern Sie unverbindliches Angebot und Vertreterbesuch von:

**Metallwerke Frankenberg G.m.b.H., Frankenberg i. Sa. 28**

## Wie steigern Sie Ihren Umsatz?

Durch Beschaffung eines

### Framo-Eillieferwagens!

Geringe Anschaffungskosten / Geringe Betriebskosten

Geringe Steuern (Mk. 29.— pro Jahr)

Geringer Fahrerlohn (Motorrad-Führerschein Kl. 1)

**Lieferbar** { als Pritsche ohne Seitenwände

mit Lieferkasten

Stets betriebsfertig!

Günstige Abzahlungsbedingungen